

Sand im Getriebe

Sondernummer zum 15. November 2008



Die G20 Länder: Argentinien, Australien, Brasilien, Frankreich, China, Deutschland, Indien, Italien, Indonesien, Japan, Kanada, Südkorea, Russland, Mexiko, Vereinigtes Königreich, Saudi-Arabien, USA, Südafrika, Türkei, EU

G20: Ihr Gipfel ist nicht unser Gipfel!

„Sie, die Brandstifter, werden niemals das Feuer löschen können.

Sie wurden nicht gewählt, um über die Menschheit zu herrschen.

Sie haben seit dreißig Jahren eine Politik getrieben, die zu diesem Desaster geführt hat.

Sie haben nur ein Ziel: Das System zu retten, statt das System zu verändern.“

Wir wollen durchsetzen, dass man uns angesichts der Krise zuhört!

Wir gehen alle am 15. November auf die Straße!

Aus dem Aufruf von Attac Frankreich, 31.10.2008, Übersetzung: <http://www.casino-schliessen.de/aktionen/weltfinanzgipfel/>.

Inhalt:

Genug! Nie wieder! Globaler Aufruf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung

**Über 620 Organisationen aus 88 Ländern fordern Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO
Zeit für grundsätzliches Umdenken! -Stellungnahme zum vorgeschlagenen “Internationalen Gipfel”
 („G20“) zur Reform des internationalen Finanzsystems**

Peking Erklärung: Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel

Attac – Verbände: Die Zeit ist reif: Das Casino schließen

Kurt Tucholsky: Die freie Wirtschaft

Weltweit sagen die sozialen Bewegungen, dass der G20-Gipfel grundsätzlich den falschen Ansatz hat, weil er die Mehrheit der Menschen und Länder, die am meisten durch die Wirtschaftskrise betroffen sind, ausschließt. Sie rufen auf zu Aktionen, die fundamentale strukturelle Änderungen am 15. November verlangen.

Genug! Nie wieder!

Globaler Aufruf für eine Neue Weltwirtschaftsordnung Aktionsaufruf der Sozialen Bewegungen gegen den G20-Gipfel

Wir rufen dringend alle Volksbewegungen, Organisationen, Bündnisse und Netzwerke weltweit dazu auf in den Tagen bis zum und am 15. November BÜRGERAKTIONEN zu organisieren!

US-Präsident George Bush und andere G8-Führer haben einen Gipfel der 20 größten Länder der Welt zum 15. November einberufen, um auf die internationale Finanzkrise zu antworten. Dieser Gipfel hat den falschen Grundansatz. Er schließt viele Länder aus, deren Bürger ebenfalls unter den Auswirkungen der Krise leiden und lässt keinen Raum für die Beiträge von Bürgergruppen, sozialen Bewegungen, Volksorganisationen und andere Gruppierungen der Bürger.

Die schnelle und massive Reaktion der Regierungen der reichsten Länder zur „Rettung“ der Bank- und Finanzinstitutionen steht im starken Gegensatz zu ihrem Versagen, entscheidend auf die ungelöste Krise von Armut, Marginalisierung, Entrechtung zu reagieren, die die Mehrzahl der Völker der Welt seit so langer Zeit zu ertragen haben.

Diese Führer haben im kurzen Zeitraum von einigen Wochen mehr als 3000 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen Fonds zur Rettung privater Banken und privater Institutionen aufgebracht. 12 Jahre von Schuldenerlassinitiativen haben zu gerade mal etwas mehr als 100 Milliarden Dollar Schuldenerlass geführt, und das zu schweren Kosten für die „Begünstigten“, die alle als Vorbedingung eine neoliberale Politik freier Märkte bei sich einführen mussten.

Wir sagen:

- 1. Nie wieder!** Es muss grundlegende strukturelle Änderungen geben, damit das globale wirtschaftliche und finanzielle System umgewandelt wird, damit Krisen wie diese nie wieder passieren.
- 2. Genug!** Es muss globale wirtschaftliche Strukturen und Politiken geben, die die Bedürfnisse der Menschen an erste Stelle setzen, die die Menschenrechte und soziale und ökologische Gerechtigkeit achten und fördern: Es geht um die Sicherung von anständiger Beschäftigung, nachhaltiger Lebensführung, lebensnotwendigen Dienstleistungen wie Gesundheit, Bildung, Unterkunft, Wasser und saubere Energie.
- 3. Demokratisierung!** Gebt den Menschen mehr Kontrolle über Rohstoffe und die Entscheidungen, die ihr Leben betreffen.

GENUG! Uns reicht es. Dieses System kann verändert werden und es muss verändert werden

*Wir rufen alle soziale Bewegungen, Volksorganisationen, Bündnisse und Netzwerke weltweit in den Tagen bis zum und am 15. November BÜRGERAKTIONEN zu organisieren! Lasst dies der Beginn von vielen, vielen Aktionen sein, mit denen wir für unsere Rechte kämpfen und die eine neue, gerechte, gleichberechtigte, demokratische und nachhaltige Weltordnung hervorbringt. Bitte bestätigt, ob Ihr diesen Aufruf unterstützt und beabsichtigt, Mobilisierungen zu organisieren oder Euch in den Tagen hin zum und am 15. Aktionen anzuschließen. Schreibt an N15globalactionday@gmail.com
Bitte verbreitet diesen Aufruf unter Euren Mitgliedern und Verbündete. Und seid so frei, Euren Namen der Unterstützungsliste hinzuzufügen, wenn Ihr diesen Aufruf verbreitet. <http://casinocrash.org/?p=498#more-498>*

**Jubilee South - Focus on the Global South - Transnational Institute (TNI) - CADTM International
und viele mehr (Siehe Liste . <http://casinocrash.org/?p=498#more-498>)**

Attac Österreich

Über 620 Organisationen fordern Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO

Heute (30. Oktober) beginnen in Washington die Beratungen der UNO-Sonderkommission, die Vorschläge zur Reform des weltweiten Finanzsystems vorlegen soll. Zur Weltfinanzkonferenz am 15. November sind jedoch nur die 20 mächtigsten Regierungen geladen (1). Daher fordern über 620 Organisationen aus über 88 Ländern die demokratische Beteiligung aller Regierungen und Bevölkerungen an einem „Bretton Woods II“. Vierzehn österreichische Organisationen haben den Aufruf unterzeichnet.*

Jede künftige Weltfinanzkonferenz muss folgende Bedingungen erfüllen - so die Erklärung:

- Alle Regierungen, die globale Zivilgesellschaft, BürgerInnengruppen und soziale Bewegungen müssen beteiligt werden.
- Ein klarer Zeitplan für regionale Beratungen mit jenen, die von der Krise am stärksten betroffen sind
- Das inhaltliche Mandat der Konferenzen muss umfassend sein und alle betroffenen Politikfelder und Institutionen umfassen.
- Der Prozess muss transparent sein, die Vorschläge und Textentwürfe müssen öffentlich zugänglich sein und mit ausreichendem Zeitabstand vor den Folgekonferenzen diskutiert werden.

„Es kann nicht sein, dass die Lösungsvorschläge ohne öffentliche Diskussion und unter Ausschluss zahlreicher Regierungen erarbeitet werden. Dem Lobbyismus der Finanzindustrie muss ein Ende gesetzt werden. Regierungen müssen im Interesse von Menschen und Umwelt handeln und

nicht im Interesse der Profitinteressen Weniger. Es braucht daher einen breiten demokratischen Prozess auf allen Ebenen“, erklärt Attac-Obfrau Alexandra Strickner.

„Die Finanzkrise ist auch eine Krise der Weltwirtschaftsordnung und wird die Menschen in den Entwicklungsländern am stärksten treffen. Wir fordern daher gleiches Mitspracherecht für die Entwicklungsländer, um neue globale Lösungen zu erarbeiten“, erklärt Ruth Picker von der AG Globale Verantwortung.

„Die unvermeidliche Reform des Finanzsystems darf nicht gegen die notwendigen Weichenstellungen im Umweltschutz ausgespielt werden, sonst mündet die Finanzkrise in eine Öko-Krise. Ein zukunftsfähiges Finanzsystem muss ökologisch sinnvoll aufgesetzt sein. Damit schlägt es zwei Fliegen mit einer Klappe. Umweltschutz setzt nachgewiesenermaßen nachhaltige Konjunkturimpulse und ist unvermeidbar, wenn wir nicht in auf dramatische Katastrophen zusteuern wollen“, so Jens Karg von GLOBAL 2000.

Univ.-Prof. Dr. Josef Weidenholzer, Präsident der Volkshilfe Österreich: *„Es sieht so aus, als ob die Staaten aus der Finanzkrise der 1930-er Jahre gelernt hätten. Aber jetzt geht es um den nächsten wichtigen Schritt. Das bedeutet, auf breiter Basis jenes Regulativ zu erarbeiten, das solche Krisen in Zukunft verhindert. Das können nicht nur einige mächtige Regierungen erledigen, denn für eine wirksame Umsetzung wird es der Zusammenarbeit der internationalen Finanzinstitutionen und vieler Staaten bedürfen. Das ist Auf-*

gabe der UNO, wir fordern eine globale Antwort auf die globale Krise.“

„Die Politik der westlichen Regierungen, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) der letzten 30 Jahre hat völlig versagt. Es ist Aufgabe der UNO eine globale Antwort auf die globale Krise zu finden. Wir werden jedoch nicht akzeptieren, dass nun eine kleine Auswahl der mächtigsten Regierungen einen neuen exklusiven „Washington Konsens“ erarbeitet“, schließt Strickner.

Die Erklärung online: www.attac.at/6837

Arche Noah, ARGE Schöpfungsverantwortung, Attac, Katholische Jugend, Declaration of Salzburg for Development in Solidarity, Divine Word Missionaries Austria, GLOBAL 2000, Globale Verantwortung – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklung und Humanitäre Hilfe, GPA-djp, International Protection, ksoe (Katholische Sozialakademie Österreichs), SERI - Sustainable Europe Research Institute, SOS Mitmensch, Volkshilfe

(1) (SiG-Redaktion) Die G20 Länder: Australien, Argentinien, Kanada, Brasilien, Frankreich, China, Deutschland, Indien, Italien, Indonesien, Japan, Korea, Russland, Mexiko, Vereinigtes Königreich, Saudi-Arabien, USA, Südafrika, Türkei, EU-Ratspräsidentschaft, (falls nicht G7/8) und Europäische Kommission,

Berichte über die Tagung der UNO am 30.Oktober:

Englisch:

<http://www.un.org/News/Press/docs/2008/ga10773.doc.htm>
<http://www.un.org/News/Press/docs/2008/ga10773.doc.htm>

Französisch:

<http://www.un.org/News/fr-press/docs/2008/Conf081030-BROCKMANN.doc.htm>
<http://www.un.org/News/fr-press/docs/2008/AG10773.doc.htm>

Zeit für grundsätzliches Umdenken

Stellungnahme zum vorgeschlagenen "Internationalen Gipfel" („G20“)

zur Reform des internationalen Finanzsystems

Über 620 Organisationen aus 88 Ländern fordern Weltfinanzkonferenz unter Aufsicht der UNO

Hintergrund

Die letzten Monate haben eine der folgenschwersten Finanzkrisen der nordamerikanischen und europäischen Geschichte gesehen. Die Reaktionen darauf waren ebenfalls von historischer Tragweite. Um einen regionalen und globalen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten abzufangen und die Stabilität der Märkte sowie das Vertrauen in diese wiederherzustellen, verfolgen die Regierungen der westlichen Länder ein massives und noch nicht da gewesenes Programm staatlicher Eingriffe: Nationalisierung von Banken, massive Finanzspritzen für angeschlagene Institutionen und Re-Regulierung ihrer Finanzsektoren.

Diese Reaktion steht im direkten Widerspruch zur streng neoliberalen Politik, welche die Weltbank, der internationale Währungsfonds und die entwickelten Länder in den letzten dreißig Jahren den Entwicklungsländern aufgezwungen haben. Regierungen wurden dazu gedrängt, ihre Handelsbestimmungen zu liberalisieren, Finanz- und Arbeitsmärkte zu deregulieren, staatliche Industriebetriebe zu privatisieren, Subventionen abzubauen und soziale wie wirtschaftliche Ausgaben zu reduzieren. Der Staat sah seine Rolle ernsthaft reduziert.

Diese Doppelmoral ist nicht nur inakzeptabel, sondern signalisiert auch den Niedergang des Fundamentalismus des freien Marktes. Das internationale Finanzsystem, sein Aufbau und seine Institutionen waren vom Ausmaß der aktuellen finanziellen und wirtschaftlichen Krise komplett überrumpelt. Das Finanzsystem, sein Aufbau und seine Institutionen müssen komplett neu überdacht werden.

Eine wirklich globale Antwort auf eine globale Krise

In den letzten Wochen haben Führungspersonen auf der ganzen Welt die Mängel des existierenden Systems erkannt und auch die Notwendigkeit, sich zu treffen und breit gefächerte Vorschläge auszuarbeiten zur Reformierung des globalen Finanzsystems und seiner Einrichtungen. Die G20 haben jetzt festgelegt, sich am 15. November in Washington DC zu treffen und die Diskussionen zu beginnen. Es kommt natürlich darauf an, dass man sich auf unmittelbare Maßnahmen einigt, die Krise anzugehen, und wir betonen in diesem Zusammenhang, dass vorrangig eine Antwort gefunden werden muss auf die Auswirkungen der Krise auf die Lage von einfachen Angestellten und Arbeitern, Haushalten mit niedrigem Einkommen, Rentnern und Menschen in anderen extrem verwundbaren Bereichen. Aber wir sind tief besorgt darüber, dass die angesetzten Treffen hastig durchgeführt und nicht alle mit einschließen werden. Als Folge davon werden sie weder den umfassenden Charakter der nötigen Veränderungen bewältigen noch werden sie für eine angemessene Verteilung der Lasten sorgen.

Obwohl die Krise in den westlichen Ländern entstand, werden die Auswirkungen wahrscheinlich in den Entwicklungsländern am größten sein. Deswegen ist es entscheidend, dass alle Länder im Prozess der Veränderung des internationalen Finanzsystems zu Wort kommen. Es wird keine gerechte und nachhaltige Lö-

sung für die Umformung des aktuellen Systems in einer Konferenz geben, die so kurzfristig vorbereitet ist und viele Länder sowie die Zivilgesellschaft ausschließt. Tatsächlich führen solche Anstrengungen viel wahrscheinlicher dazu, das Vertrauen und die Zuversicht der Öffentlichkeit zu untergraben und solche Länder weiter zu entrechten, die ohnehin eher zu regionalen Lösungen tendieren, als zu einem stärkeren, mehr zusammenhängenden und faireren internationalen Finanzsystem.

Unsere Forderungen – Zeit für grundsätzliches Umdenken

Wir, die unterzeichnenden zivilgesellschaftlichen Organisationen, unterstützen die grundsätzliche und weit reichende Umformung des internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems. Um diesem Zweck zu dienen, unterstützen wir eine von der UN einberufene hochrangige internationale Konferenz zur Überprüfung der internationalen Finanz- und Währungs-Architektur, ihrer Institute und ihrer Führungsstruktur, aber nur, wenn das Treffen folgende Bedingungen erfüllt:

- Alle Regierungen der Welt müssen eingeschlossen werden und mitwirken;
- Vertreter der Zivilgesellschaft, Bürger-Gruppierungen, soziale Bewegungen und andere Interessenvertreter sind zu beteiligen;
- Bearbeitungsprozesse müssen transparent gestaltet werden und es muss Raum geben für die Klärung regionaler Fragen, besonders für die von der Krise am stärksten betroffenen Gebiete;
- Der Themenkatalog muss umfassend sein und das ganze Feld der Probleme und Institutionen ist zu behandeln;
- Der ganze Prozess muss transparent sein: Anträge und Entwürfe müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und frühzeitig vor dem Treffen ausführlich erörtert werden.

Der neue UN-Ausschuss für das globale Finanzsystem, das anstehende UN-Treffen zur Finanzierung der Entwicklung und weitere UN-Instanzen müssen voll einbezogen werden, um die Vorbereitungen für ein solches globales Treffen zu beginnen.

Es gibt keine schnellen Lösungen für den Übergang vom derzeitigen System, das Instabilität und Ungerechtigkeit gefördert hat, zu einem gerechten, nachhaltigen und überprüfbar System, das zu Vorteilen für die Mehrheit der Menschen dieser Welt führt.

Attac Argentinien, Attac Chile, Attac Deutschland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Japan, Attac Quebec, Attac Spanien, Attac Togo, Attac Ungarn, Attac Uruguay

Liste aller unterzeichnenden Organisationen:

<http://www.choike.org/bw2/>

Übersetzung: Charlotte Michaelis, coorditrad@attac.org und SiG-Redaktion

Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel

Einzelpersonen, soziale Bewegungen und NGOs plädieren in einer ersten Stellungnahme für ein Programm für radikalen wirtschaftlichen Umbau. Peking, 15. Oktober 2008

Präambel

Das *Transnational Institute* und *Focus on the Global South* nutzten das Asia-Europe People's Forum, zu dem viele Vertreter sozialer Bewegungen in Peking zusammengekommen waren, um vom 13. bis 15. Oktober mehrere informelle Nachtsitzungen abzuhalten. Dabei haben wir uns darüber ausgetauscht, was die Ausweitung der weltweiten Wirtschaftskrise bedeutet, und dass sie für uns Gelegenheit bietet, einige der ermutigenden und realisierbaren Alternativen in die Öffentlichkeit zu tragen, an denen viele von uns seit Jahrzehnten arbeiten. Diese Erklärung ist das gemeinsam erarbeitete Ergebnis dieser Pekinger Nächte. Wir ErstunterzeichnerInnen verstehen sie als einen ersten Beitrag und als Versuch, Vorschläge zu formulieren, die unseren Bewegungen als Grundlage für eine radikal andere politische und wirtschaftliche Ordnung dienen können.

Die Krise

Das Weltfinanzsystem löst sich mit großer Geschwindigkeit auf. Dies geschieht inmitten einer Vielzahl anderer Krisen rund um Nahrungsmittel, Klima und Energie. Dadurch wird die Macht der USA und der EU und die Macht der von ihnen dominierten globalen Institutionen wie Internationaler

Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation, massiv geschwächt. Es wird nicht nur das neoliberale Paradigma in Frage gestellt, sondern die Zukunft des Kapitalismus insgesamt.

Das Chaos im Weltfinanzsystem ist so groß, dass die Regierungen im Norden Maßnahmen ergriffen haben, die progressive Kräfte seit Jahren fordern, wie zum Beispiel die Verstaatlichung von Banken. Allerdings ist dieses Vorgehen als kurzfristige Stabilisierungsmaßnahme gedacht, und sobald der Sturm vorüber ist, wird man die Banken wahrscheinlich wieder dem Privatsektor überlassen. Wir haben also nur ein kurzes Zeitfenster, um zu mobilisieren, damit das nicht geschieht.

Herausforderung und Chance

Diese Situation einer schweren Krise ist für uns Neuland – die Auswirkungen der Finanzkrise werden hart sein. Die Bevölkerungen werden einem tiefen Unsicherheitsgefühl ausgeliefert, Elend und Not ärmerer Menschen werden überall anwachsen. Wir dürfen jetzt das Feld nicht faschistischen, rechten, populistischen und fremdenfeindlichen Kräften überlassen, die mit Sicherheit versuchen werden, aus der Angst und der Wut der Menschen Kapital für ihre reaktionären Ziele zu schlagen.

In den letzten Jahrzehnten sind kraftvolle Bewegungen gegen den Neoliberalismus entstanden. Sie werden in dem Maße wachsen, wie eine kritische Berichterstattung über die Krisen immer mehr Menschen erreicht, die jetzt schon empört darüber sind, dass öffentliche Mittel für die Behebung von Problemen zweckentfremdet werden, für die sie nicht verantwortlich sind; und die jetzt schon besorgt sind angesichts der ökologischen Krise und steigender Preise, vor allem bei Nahrungsmitteln und Energie. Diese Bewegungen werden weiter an Kraft gewinnen, wenn die Rezession ihre Zähne zeigt und die Volkswirtschaften in die Depression abrutschen.

Doch jetzt ist eine neue Offenheit für Alternativen da. Diese müssen konkret und umsetzbar sein, wenn sie die Menschen für sich gewinnen sollen. Wir haben überzeugende Alternativlösungen, die schon auf den Weg gebracht sind, und wir haben noch viele andere gute Ideen, die wir in der Vergangenheit - noch ohne Erfolg - ausprobiert haben. Im Zentrum unserer Alternativen steht das Wohlergehen der Menschen und ihres Planeten. Das bedeutet, dass es eine demokratische Kontrolle über die Finanz- und Wirtschaftsinstitutionen geben muss. Das ist sozusagen der rote Faden, der sich durch diesen Katalog von Vorschlägen zieht.

Vorschläge zur Debatte, zur Weiterentwicklung und für konkretes Handeln

Finanzwesen

- Banken umfassend vergesellschaften, nicht nur faule Vermögenswerte verstaatlichen.
- Bankinstitutionen schaffen, die in der Bevölkerung verankert sind und bestehende basisnahe Ausleihsysteme stärken, die auf Gegenseitigkeit und Solidarität beruhen.
- systematische, volle Transparenz im Finanzsystem schaffen durch die Offenlegung der Bücher für die Öffentlichkeit, gewährleistet durch Bürgerbewegungen und Arbeitnehmerorganisationen.
- das bestehende Bankensystem unter die Aufsicht von Parlamenten und Bürgern stellen.
- bei der Vergabe von Krediten auch zu kommerziellen Zwecken systematisch soziale (inkl. Arbeitsbedingungen) und ökologische Kriterien anlegen.
- minimal verzinsliche Kredite für soziale und ökologische Zwecke und zur Stärkung

der derzeit schon wachsenden sozialen Wirtschaft müssen Priorität haben.

- Umbau der Zentralbanken nach demokratisch festgelegten sozialen, ökologischen und expansionsorientierten (d.h. rezessionshemmenden) Kriterien zu Institutionen, die der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig sind.
- Schutz für die Geldüberweisungen von Migranten an ihre Familien und gesetzlich festzulegende Einschränkung von Gebühren und Steuern auf solche Transferzahlungen.

Steuern

- Schließung aller Steuerparadiese.
- Abschaffung der Steuererleichterungen für fossile Brennstoffe und Kernenergie-Unternehmen.
- Anwendung deutlich progressiver Steuertarife.
- Einführung eines internationalen Steuersystems, um Transfer Pricing (gezielte Preisgestaltung eines Konzerns mit dem

Ziel der Steuervermeidung) und Steuerhinterziehung einen Riegel vorzuschieben.

- Einführung einer Abgabe auf die Gewinne verstaatlichter Banken zum Aufbau von Bürgerfonds' (s. unten).
- Einführung ausgeprägter progressiver CO₂-Besteuerung für alle diejenigen mit den größten CO₂-Fußabdrücken
- Kontrolle der spekulativen Finanzgeschäfte, z.B. über eine Tobin Tax.
- Wiedereinführung von Zöllen und Abgaben auf Luxusgüter und auf Waren, die im Inland schon produziert werden: so wird das Finanzaufkommen des Staates gestärkt und gleichzeitig die einheimische Produktion gefördert, was eine Senkung des weltweiten CO₂-Ausstoßes bewirkt.

Öffentliche Ausgaben und Investitionen

- Militärausgaben radikal kürzen.
- Öffentliche Ausgaben umschichten: weg von der Schuldenbefreiung von Bankern, hin zur Sicherung von Grundeinkommen

und Daseinsvorsorge und zur Bereitstellung sozialer Grundleistungen für Alle, wie: Wohnung, Wasser, Strom, Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung sowie Zugang zum Internet und zu anderen Strukturen der öffentlichen Kommunikation.

- Bürgerfonds (s. oben) zur Unterstützung besonders armer Gruppen einsetzen.
- Menschen, die wegen der versäumten Zahlung von Hypothekenraten ihr Haus zu verlieren drohen, müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Zahlungsbedingungen neu auszuhandeln.
- Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen stoppen.
- Zur Stärkung der Beschäftigung öffentliche Unternehmen schaffen, die unter der Aufsicht von Parlamenten, lokalen Gemeinschaften bzw. Beschäftigten stehen.
- Leistungsfähigkeit öffentlicher Unternehmen durch die Demokratisierung der Betriebsführung verbessern – Manager des öffentlichen Dienstes, Mitarbeiter, Gewerkschaften und Verbraucherorganisationen dabei unterstützen, in diesem Sinne zusammenzuarbeiten.
- Einführung partizipativer Haushaltsgestaltung im Bereich der öffentlichen Finanzen auf allen machbaren Ebenen.
- Massive Investitionen in verbesserte Energieeffizienz, umweltfreundliche öffentliche Verkehrsmittel, erneuerbare Energien und in die Behebung ökologischer Schäden.
- Preiskontrolle oder -subventionierung für lebenswichtige Konsumgüter.

Internationaler Handel und Finanzen

- Einführung eines weltweiten Verbots von Leerverkäufen auf Aktien und andere Anteile.
- Verbot des Handels mit Derivaten
- Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel
- Streichung der Schulden aller Entwicklungsländer. Diese Schulden steigen, weil durch die Krise die Währungen der Länder des Südens fallen.
- Die Forderung der Vereinten Nationen unterstützen, in die Gespräche über die Lösung der Krise eingebunden zu werden, die die Volkswirtschaften des Südens sehr viel härter treffen wird als bisher zugegeben wird.
- Weltbank, Internationalen Währungsfonds und Welthandelsorganisation schrittweise abschaffen.
- US-Dollar als internationale Reservewährung auslaufen lassen.
- Eine basisnahe Untersuchungskommission einberufen, welche die notwendigen Mechanismen für ein gerechtes internationales Währungssystem formuliert.
- Dafür sorgen, dass Hilfsleistungen nicht infolge der Krise reduziert werden.
- Abschaffung der Auflagen für die Entwicklungshilfe.
- Abschaffung neoliberaler Auflagen bei Hilfsmaßnahmen

- Überwinden des Paradigmas der exportorientierten Entwicklung; stattdessen Neu- bzw. Wiederausrichtung nachhaltiger Entwicklung auf die Produktion für den lokalen und regionalen Markt.
- Anreize für Produkte setzen, die zum ortsnahen Verkauf auf dem einheimischen Markt bestimmt sind.
- Einstellung aller Verhandlungen für bilaterale Freihandelsabkommen und wirtschaftliche Partnerschaften.
- Förderung von Zusammenschlüssen für regionale Wirtschaftszusammenarbeit wie UNASUR, die Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA), das Handelsabkommen der Völker (Tratado de Comercio de los Pueblos TCP), die echte Entwicklung und die Beseitigung der Armut voranbringen.

Umwelt

- Einführung eines internationalen Entgeltsystems für Länder, die im Interesse des globalen Klimaschutzes auf die Ausbeutung fossiler Brennstoffe verzichten, im Sinne des ecuadorianischen Vorschlags.
- Entschädigungszahlungen an die Länder des Südens für die vom Norden verursachten ökologischen Schäden, um die Völker des Südens dabei zu unterstützen, den Klimawandel und andere ökologische Katastrophen zu bewältigen.
- Strenge Anwendung des Vorsorgeprinzips im Sinne der UN-Erklärung über das Recht auf Entwicklung; es muss Bedingung für alle Entwicklungs- und Umweltprojekte werden.
- keine weiteren Kredite für Projekte des so genannten „Mechanismus für saubere Entwicklung“ im Rahmen des Kyoto-Protokolls, die umweltschädlich sind, wie zum Beispiel der Anbau von Eukalyptus, Soja und Palmöl in Monokultur.
- Entwicklungsstopp für Emissionshandel und andere ökologisch kontraproduktive technische Pseudolösungen („TechnoFix“-Konzepte) wie CO₂-Abtrennung und -Endlagerung, Agrartreibstoffe, Kernkraft und „saubere Kohle“.
- Entwicklung von Strategien zur radikalen Drosselung des Konsums in den reichen Ländern, bei gleichzeitiger Förderung nachhaltiger Entwicklung in ärmeren Ländern.
- Einführung demokratischen Managements für alle internationalen Finanzierungsinstrumente zur Bekämpfung des Klimawandels, unter starker Beteiligung der Länder des Südens und der Zivilgesellschaft.

Landwirtschaft und Industrie

- Abwendung vom schädlichen Paradigma der industriezentrierten Entwicklung, das dazu führt, dass der ländliche Raum ausgepreßt wird, um die notwendigen Ressourcen für Industrialisierung und Verstärkung zur Verfügung zu stellen.

- Förderung landwirtschaftlicher Strategien, die auf Nahrungsmittelsicherheit, Ernährungssouveränität und nachhaltigen Landbau setzen.
- Unterstützung von Bodenreformen und anderen Maßnahmen, die die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern und ländliche und indigene Gemeinschaften unterstützen.
- Ausbreitung sozial und ökologisch zerstörerischer Monokultur-Unternehmen stoppen.
- Reformen des Arbeitsrechts stoppen, die auf die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Lockerung von Kündigungsvorschriften oder die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten abzielen.
- Schaffung sicherer Arbeitsplätze durch das Verbot prekärer Billigarbeit.
- Frauen gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantieren – als grundlegendes Prinzip und auch um die kommende Rezession aufzufangen, indem die Kaufkraft der Arbeitnehmer gestärkt wird.
- Die Rechte von Arbeitsemigranten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, schützen und für ihre sichere Rückkehr und Wiedereingliederung in die Heimatländer sorgen. Die Menschen, die nicht zurückkehren können, dürfen nicht dazu gezwungen werden; ihre Sicherheit soll gewährleistet sein, und sie sollten Beschäftigung oder ein minimales Grundeinkommen erhalten.

Schlußbemerkung

All dies sind praktische, konkrete, vernünftige Vorschläge. Einige entsprechen Initiativen, die schon im Gang sind und sich bewährt haben. Ihre Erfolge müssen öffentlich und einem breiten Publikum bekannt gemacht werden, damit sie Nachahmung finden. Andere Vorschläge werden sich kaum einfach aufgrund ihrer objektiven Vorzüge verwirklichen lassen. Politischer Wille ist gefragt. Implizit ist damit jeder Vorschlag ein Aufruf zum Handeln.

Dieses Dokument ist als lebendige Arbeitsgrundlage zu verstehen, die von uns allen weiter entwickelt und ausgearbeitet werden kann und soll.

Bitte unterschreiben Sie die Erklärung.

Eine nächste Gelegenheit, gemeinsam an den Maßnahmen zu arbeiten, die notwendig sind, um diese und andere Ideen Wirklichkeit werden zu lassen, wird das Weltsozialforum in Belem in Brasilien Ende Januar 2009 bieten.

Wir haben die Erfahrung und die Ideen – wir sollten die derzeit herrschende Unordnung als Herausforderung und Anstoß sehen und den Schwung nutzen, um eine echte Alternative auf den Weg zu bringen!

<http://casinocrash.org/?p=235#more-235>

Übersetzung: www.coorditrad.attac.org

Unterschriften (Stand am 12.11.08):

Organisations:

Transnational Institute, Netherlands
Focus on the Global South
Red Pepper magazine, United Kingdom
Institute for Global Research and Social Movements, Russia
Ecologistas en Acción, Spain
JS - Asia/Pacific Movement on Debt and Development (JS APMDD), Asia
RESPECT Network Europe, Europe
Commission for Filipino Migrant Workers (CFMW), Netherlands
The Movement for a Just World, Malaysia
Nord-Sud XXI, Switzerland
Europe Solidaire Sans Frontières (ESSF), France
Indian Social Action Forum (INSAF), Inadi
Movimiento Madre Tierra, Honduras
Asian Bridge, South Korea/ Philippines
Center for Encounter and Active Non-Violence, Austria
The Alliance of Progressive Labor (APL)
Pakistan Institute of Labour Education and Research (PILER), Pakistan
Pambansang Katipunan ng Makabayang Magbubukid-PKMM (National Federation of Patriotic Peasant), Philippines
Proresibong Alyansa ng mga Mangingisda-PANGISDA (Progressive Alliance of Fisher), Philippines
WomanHealth, Philippines
Kilusan para sa Pambansang Demokrasya (KPD), Philippines
Fisherfolk Movement Philippines
Democratic Socialist Perspective, Australia
Resistance & Alternative, Mauritius
Observatori del Deute en la Globalització, Spain
African Journalists on Trade and Development
Centre for Education and Communication (CEC), India
EQUATIONS, India
ESK-Basque Land, Basque Country
Common Frontiers, Canada
Alab-Katipunan, Philippines
Finnish Asiatic Society, Finland

Alab-Katipunan, Philippines
Finnish Asiatic Society, Finland
Red Constantino, Philippines
Intercultural Resources, India
Women's March Against Poverty and Globalization (WELGA)
FDC Women's Committee
Bharatiya Krishak Samaj (Indian farmers organization)
Peace for All International Development Organization, Canada/Uganda
Foundation for Media Alternatives, Philippines
The Philippine Rural Reconstruction Movement, Philippines
The Freedom from Debt Coalition-Iloilo, Philippines
Jubilee Eastern Cape, South Africa
SdL intercategoriale, Italy
Foro Ciudadano de Participación por la Justicia y los Derechos Humanos, Argentina
APRODEH (Asociacion Pro Derechos Humanos), Peru
Attac Spain
HealthWrights, Workgroup for People's Health and Rights, US
Ander Europa, Netherlands
Enlightening Indonesia, Indonesia
SolidaritéS, Switzerland
ATTAC Hungary
AITEC (Association Internationale de Techniciens, Experts et Chercheurs), France
Red Venezolana Contra la Deuda/CADTM Venezuela
Movimiento Unido Socialista Haitiano por el ALBA (MOUSHA), Venezuela
IPIAT (Instituto para la Investigación de la Agricultura Tropical), Venezuela
ECOPEACE Party South Africa
Jubilee Kansai Network, Japan
Ecuador Decide, Ecuador
ATTAC Japan
Transnationals Information Exchange (TIE) – Netherlands
Popular Education for Peoples' Empowerment, Philippines
International Gender and Trade Network, Brazil
Committee for the Abolition of Third World Debt (CADTM), Belgium

ATTAC Morocco
ATTAC-Denmark
Friends of the Earth Finland
European Left Party Network, UK
Center for the Study of Democratic Societies, USA
European SocialForum Activists News Agency.
Cymru Europa Press (Social Forum Cymru/Wales), UK
Initiative Colibri/Germany
Sudptt (SOLIDAIRES) Attac 44 France
International Debt Observatory, Belgium
Ligue communiste révolutionnaire (LCR), France
Attac France
Anti Debt Coalition (KAU), Indonesia
Africa Europe Faith and Justice Network
The Corner House, UK
Climate and Capitalism (Canada)
BanglaPraxis, Bangladesh
Centro Studi Monetari, Italy
The Network Institute for Global Democratisation (NIGD), Finland
Project SafeCom
Justice and Peace Commission, Mexico
Theater of the Oppressed Laboratory (TOPLAB), US
Grasroots Policy Project, US
Habitat Net, Germany
Metta Center for Nonviolent Education, US
Legal Rights and Natural Resources Center (LRC/Friends of the Earth), Philippines
PODER, A.C.
ATTAC-Québec
Foundation for Gaia, UK
Alianza Social Continental, Americas
Red Colombiana de Acción Frente al Libre Comercio-RECALCA, Colombia
World Development Movement, UK
Confederación Latinoamericana de Cooperativas y Mutuales de Trabajadores - COLACOT
Fundacion Solon, Bolivia
War on Want, UK

Einzelpersonen: Liste unter
<http://casinocrash.org/?p=235>

Weitere Artikel zu den Finanzmärkten in Sand im Getriebe Nr 61,65,67 und 69

Walden Bello: Woran liegt es? Kleine Einführung in die Ursachen
des Zusammenbruchs der Wall Street.
<http://sandimgetriebe.attac.at/6802.html>

Walden Bello
Im Freien Fall: Zehn Jahre nach der Asienfinanzkrise
<http://sandimgetriebe.attac.at/6052.html>

Elmar Altvater
Krisen – das wiederkehrende „Weltmarktsgewitter“
<http://sandimgetriebe.attac.at/6803.html>

Jörg Huffschmid: Zauber des Abschwungs
<http://sandimgetriebe.attac.at/6668.html>

Sabine Leidig
Die Entfesselung der Märkte insgesamt in Frage stellen
<http://sandimgetriebe.attac.at/6669.html>

Peter Strotmann: Banken Rock'n Roll
<http://sandimgetriebe.attac.at/6077.html>

Harald Schumann: Die Wall Street hat den Dollar verspielt
<http://sandimgetriebe.attac.at/6804.html>

Attac Chile und Argentinien zur Finanzkrise
<http://sandimgetriebe.attac.at/6805.html>

Jean Ziegler
Die Kapitalrendite steigt maximal - aber gleichzeitig steigen die
Leichenberge
<http://sandimgetriebe.attac.at/6050.html>

Peter Gowan: Turbulenzen im imperialen Dollarsystem
<http://sandimgetriebe.attac.at/6051.html>

Jörg Goldberg
Globale Schiefelage: Das Kapital fließt nach oben
<http://sandimgetriebe.attac.at/6053.html>

Die Zeit ist reif: Das Casino schließen

Attac - Erklärung zur Finanzkrise und demokratischen Alternativen

Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Italien, Attac Marokko, Attac Norwegen, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Schweden, Attac Schweiz, Attac Spanien, Attac Ungarn.
September 2008

„Entmachtet die Märkte!“ Als Attac 1998 gegründet wurde, bezog sich dieser Slogan auf die Finanzkrise in Asien. Inzwischen haben wir weitere Finanzkrisen erlebt: in Russland, Brasilien, Türkei, Argentinien und das Platzen der *New Economy*-Blase 2001.

Mittlerweile befinden sich die reichen Länder mitten in der schwersten Krise seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Der Crash an der Wall Street im September 2008 markiert das Ende einer historischen Epoche: der Finanzkapitalismus, ein System das ausschließlich von der Jagd nach dem Maximalprofit angetrieben wird, ist kollabiert. Er hat sich mit seinen inneren Widersprüchen selbst zerstört. Die Schockwellen der Finanzkrisen haben jetzt die Realwirtschaft erreicht. Die USA befinden sich bereits in einer Rezession. Großbritannien und die Eurozone stehen kurz davor. Die gesamte Weltwirtschaft wird davon betroffen sein.

Das Schrumpfen der Wirtschaft wird die Arbeitslosigkeit erhöhen und Ungleichheiten vertiefen. Es wird erneut Druck auf die Lohnabhängigen ausgeübt werden, damit sie noch mehr Flexibilisierung, niedrigere Löhne und geringere soziale Sicherheit hinnehmen. Die sinkende Nachfrage der reichen Länder wird auch die verwundbaren Volkswirtschaften der Entwicklungsländer hart treffen und die Armut dort verschärfen. Die *Millennium Entwicklungsziele* und andere Versuche, eine sozial gerechte und umweltfreundliche Entwicklung in Gang zu setzen, werden in unerreichbare Ferne rücken.

Der Finanzcrash und der Beginn der Rezession trafen mit einem rasanten Anstieg von Öl und Nahrungsmittelpreisen zusammen.¹ Dies hat in einigen Entwicklungsländern zu schweren sozialen Krisen und Hungerrevolten geführt. Der Anstieg von Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen hat mehrere Ursachen. Aber klar ist auch, dass spekulative Geschäfte von Hedge Funds u. a. Institutionellen Investoren beträchtlich zu hohen Preisen und starken Preisschwankungen beigetragen haben.

Auslöser der aktuellen Krise war die exzessive Vergabe von faulen Hypothekenkrediten an Haushalte in den USA, und damit verbunden deren spekulative Verbriefung und ihr Verkauf an Institutionelle Investoren und Privathaushalte in den USA und international. Die anhaltende Welle von Insol-

venzen hat dramatische Auswirkungen auf Investment- und andere Privatbanken oder Hedge Funds. Mittlerweile ist auch die Realwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Für 2009 sind die Aussichten in wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Hinsicht für weite Teile der Welt trostlos.

Dabei hätte man es besser wissen können. Der Crash bestätigt leider die Prognosen von heterodoxen Experten, wie dem Nobel-Preisträger Joseph Stiglitz, oder von Attac, sozialen Bewegungen und anderen Kritikern. Sogar den Aufsichtsbehörden war bewusst, dass das System riskant war, aber es fehlte der Wille zu handeln und dem herrschenden Glauben an die Fähigkeit des Marktes zur Selbstregulierung entgegenzutreten.

Jetzt, unter dem Druck der Krise, ruft sogar der Mainstream der Finanzwelt nach Reformen. Aber dessen Vorschläge greifen zu kurz, da sie die systemischen Ursachen, die Krise zugrunde liegen, nicht anpacken. Sie beziehen sich vor allem auf den Finanzsektor und dessen Stabilitätsprobleme. Das reicht nicht. Der Finanzkapitalismus hat nämlich auch katastrophale Auswirkungen auf Verteilung und Demokratie. Banker rufen jetzt nach dem Staat. Aber tatsächlich geht es ihnen nur um die Vergesellschaftung der Verluste, während die Profite weiterhin in private Taschen wandern sollen. Das Rettungspaket der USA – mit mehr als 700 Milliarden US Dollar das größte in der Menschheitsgeschichte – und ähnliche Programme in Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern zeigen deutlich diese Logik. Wenn die Finanzwelt von Reformen redet, meint sie bestenfalls Regulierung in einigen Teilbereichen und kurzfristiges Krisenmanagement. Damit soll der neoliberale Kurs aufrechterhalten und nach einiger Zeit wieder zu *Business as usual* zurückgekehrt werden.

Was dagegen die Mehrheit der Menschen braucht, sind reale Veränderungen hin zu einem anderen wirtschaftlichen Leitbild, bei dem das Finanzsystem zu sozialer Gerechtigkeit, Stabilität und nachhaltiger Entwicklung beitragen muss. Wir können es nicht zulassen, dass man in den kommenden Jahren wieder zu den alten Zuständen zurückkehrt.

Die Krise ist nicht das Ergebnis einiger unglücklicher Umstände. Sie kann auch nicht auf das Versagen von Finanzaufsicht, Rating-Agenturen oder einzelner Akteure reduziert werden. Sie hat systemische Wurzeln. Deshalb müssen die Strukturen und

Mechanismen des Systems generell in Frage gestellt werden.

Finanzmärkte bilden das Zentrum und die treibende Kraft der neoliberalen Globalisierung. Dies führte dazu, dass der Finanzsektor Dominanz über die übrige Wirtschaft erlangte. Dies geschah als Folge der 1973 eingeführten freien Wechselkurse zwischen den großen Währungen, der Aufhebung von Kapitalverkehrskontrollen, der konsequenten Liberalisierung der Finanzmärkte und der Deregulierung der Finanzindustrie.

All dies ging einher mit der Etablierung sog. „unabhängiger“ Aufsichtsbehörden, die damit aber nur das Ziel starker und erfolgreiche Lobby der Finanzindustrie wurden. Seitdem erlebten die Finanzindustrie und ihre „innovativen“ Instrumente ein rasantes Wachstum. Die Masse von Finanzvermögen, von Schulden und die weltweite Suche nach Profiten wuchsen gleichermaßen. 2001 beschleunigte sich dieser Prozess enorm, als die USA einen Ausweg aus der Krise der *New Economy* fanden, indem sie einen dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung und des Leistungsbilanzdefizit herbeiführten. Finanziert wird das Doppeldefizit durch den Rest der Welt.

Finanzkapitalismus - das neue Modell

Zusammengenommen haben all diese Entwicklungen zur Etablierung eines neuen ökonomischen Modells, einer neuen Form von Kapitalismus geführt, die von einigen als *Finanzielle Globalisierung*, von anderen als *Finanzkapitalismus* oder *Shareholder Kapitalismus* bezeichnet wird. Wie immer man das neue System nennt, klar ist: während früher die Finanzmärkte eine nachgeordnete und Dienstleistungsrolle gegenüber der Realwirtschaft spielten, hat sich diese Beziehung jetzt umgekehrt.

Der Zugriff von „Finanzinteressen“ auf die Realwirtschaft erweiterte sich enorm, indem alle wirtschaftlichen Aktivitäten an den Maximalprofiten auf den Finanzmärkten gemessen wurden. Es wurden Finanzinstrumente entwickelt, die der Erwirtschaftung von Renditen ausschließlich auf den Finanzmärkten dienen. Nachhaltige Industrieproduktion und Landwirtschaft sowie stabile Sparmöglichkeiten für die Lohnabhängigen wurden dagegen vernachlässigt.

Die Logik und Dynamik der kurzfristigen Profitmaximierung drang in alle Poren des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ein. Die uneingeschränkte Mobilität des Kapitals, die von der neoliberalen Politik ermöglicht wurde, spielt heute eine entscheidende

¹ Anm. d. Übers.: Das traf zum Zeitpunkt, als dieser Text verfasst wurde, noch zu. Inzwischen sind Öl- und Nahrungsmittelpreise wieder stark gesunken.

Rolle in der Weltwirtschaft. Sie erzeugt globalen Wettbewerb nicht nur unter transnationalen Konzernen, sondern auch zwischen den Nationalstaaten, zwischen deren Sozial- und Finanzsystemen sowie unter den Arbeitern in den verschiedenen Regionen des Planeten. Indem die Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Konzerne verschoben wurden, verschärfte sich die soziale Ungleichheit, schrumpfte die Beschäftigung, wurden Sozial- und Umweltstandards abgesenkt sowie öffentliche Güter und Dienstleistungen privatisiert. Kurzum, die "Freiheit" von Finanzakteuren wurde auf Kosten der Mehrheit der Menschen ausgeweitet und führte zu einer Wirtschaft, die die Umwelt massiv zerstört. Aber das Scheitern dieses Modells war noch nie so offensichtlich wie heute, da wir gleichzeitig drei Krisen erleben: Finanzkrise, Nahrungsmittelkrise, Klima- und die Energiekrise. Dieses Modell, das von Regierungen weltweit und jahrelang gestützt wurde, ist heute völlig diskreditiert. Deshalb müssen jetzt klare Konsequenzen gezogen werden: dieses umweltschädliche und ungerechte Finanzsystem muss komplett umgebaut und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft, auf soziale Gerechtigkeit und ökologische Zukunftsfähigkeit ausgerichtet werden. Die Krise eröffnet eine historische Chance. Es wird vom Druck der öffentlichen Meinung abhängen, ob ein wirklicher Kurswechsel erreicht wird.

Ein anderes Finanzsystem ist möglich: Stabilität und Solidarität vor Profiten

Aufgrund der Komplexität des gegenwärtigen Finanzsystems, ist es unmöglich die Probleme mit einem einzigen Instrument zu lösen. Es gibt keinen Archimedischen Punkt. Ein ganzer Instrumentenkasten wird benötigt.

Dennoch können wir angesichts Hunderter von Einzelvorschlägen, die in der nächsten Zeit gemacht werden und die alle kontrovers sein dürften, einige grundlegende Kriterien formulieren, denen die einzelnen Vorschläge genügen müssen, wenn sie für eine emanzipatorische Reform in Frage kommen sollen.

A. Systemische Veränderungen statt Reparatur an einzelnen Teilen

Das Finanzsystem in seiner neoliberalen Form hat bewiesen, dass es instabil, ökonomisch ineffizient und schädlich für Gerechtigkeit, soziale Wohlfahrt und Demokratie ist. Deshalb sind systemische Veränderungen unerlässlich. Eines unserer Hauptziele muss es daher sein, die tragenden Säulen des Neoliberalismus zum Einsturz zu bringen, insbesondere die weltweite Mobilität des Kapitals. Demgegenüber zielen die meisten regulatorischen Maßnahmen des Mainstreams darauf, die vermögensbasierte

Kapitalakkumulation zu erhalten. Sie beschränken sich auf Finanzstabilität und den Schutz der Reichen. Oberflächliche Reformen aber, z.B. „Transparenz“, sind inakzeptabel.

B. Neues Bretton Woods anstatt „sich selbst regulierender Märkte“

Die Krise zeigt, dass Märkte allein, ohne politische Regulierung und demokratische Kontrolle verhängnisvolle Folgen zeitigen. Daher sind demokratische Kontrolle und internationale Kooperation nötig, anstatt zerstörerischem Standortwettbewerb. Ökologischer Zukunftsfähigkeit und den Menschenrechten aller drei Generationen muss bei allen wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen zukünftig Priorität eingeräumt werden.

Ein geeignetes institutionelles Setting unter Federführung der UNO muss geschaffen werden, das eine strikte Regulierung und Umorientierung des Finanzsystems ermöglicht. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei auf demokratische Kontrolle und auf den aktiven Einsatz für Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sowie Krisenprävention statt -reaktion zu legen. So sollte z.B. die UNO und nicht der IWF das Mandat zur Aufsicht über das Weltwirtschaftssystem erhalten. Dazu muss auch die Fähigkeit zum regulatorischen Eingriff gegenüber hohen Handelsbilanzdefiziten, Verschuldung und Zahlungsbilanzdefiziten gehören (wie gegenwärtig bei den USA). Eine solche UN-Institution sollte auch darüber entscheiden, ob und inwieweit Finanzdienstleister, Finanzprodukte und Dienstleistungen liberalisiert werden und inwieweit die Mobilität des Kapitals einzuschränken ist. Dies würde auch bedeuten, dass solche Entscheidungen nicht mehr in der WTO und über das GATS oder bilaterale Freihandelsabkommen getroffen würden, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Die Finanzaufsicht auf nationaler Ebene und internationale Kooperation zwischen den Regulierungsinstitutionen und Aufsichtsbehörden, vor allem innerhalb der EU, müssen gestärkt und demokratisiert werden. Die Partizipation von Gewerkschaften, Verbrauchern und anderer Stakeholders bei der Regulierung muss gewährleistet werden. Rating muss Teil der staatlichen Aufsicht werden und dazu beitragen, dass Finanzprodukte, Kredite und Unternehmen nicht zu Umweltzerstörung beitragen.

Für das unmittelbare Krisenmanagement wird eine enge Kooperation auf europäischer Ebene, inkl. Schweiz und Russland benötigt, ebenso wie transatlantische Zusammenarbeit.

Es müssen weltweit Grenzen für unregulierten Freihandel und uneingeschränkte Kapitalmobilität gesetzt werden. Das Dogma vom „freien Fluss“ von Gütern, Dienstleistungen und Kapital muss durch differenzierte Ansätze ersetzt werden. In zukünftigen

internationalen Abkommen müssen Finanzstabilität, Steuergerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Vorrang vor freiem Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr haben. Soziale Rechte und historische Errungenschaften der Lohnabhängigen dürfen von solchen Abkommen nicht mehr untergraben werden: im Gegenteil, sie müssen internationale Solidarität anstelle von Wettbewerb stärken.

C. Die Dominanz der Finanzmärkte brechen

Die Grundorientierung für substantielle Veränderungen muss darauf orientieren die Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft zu brechen. Einige dafür geeignete Instrumente sind:

- Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen, inklusive Währungstransaktionen. Damit soll die Spekulation unterbunden werden, Tempo auf den Finanzmärkten herausgenommen und Schluss mit der Kurzfristorientierung gemacht werden. Gleichzeitig sollen die Finanzierung von fairem und nachhaltigen Handel, Produktion und Konsum gefördert werden;
- nationale Regierungen sollen parallel dazu eine Steuer auf den Sekundärhandel mit Aktien einführen, um Spekulation zu unterbinden;
- weltweites Verbot bzw. die Zerschlagung von Finanzkonglomeraten, die im Falle eines Bankrotts systemische Effekte haben („too big to fail“);
- progressive Besteuerung von Kapitaleinkünften. Eine der Hauptursachen für die Blasenbildung auf den Finanzmärkten ist die extreme Konzentration von Reichtum. Um die Finanzmärkte zu entschleunigen und zu stabilisieren ist eine substantielle Umverteilung von Einkommen und Wohlstand von Oben nach Unten notwendig, ebenso wie die Beseitigung von Anreizen zu exzessiven Profiten und Steuerhinterziehung;
- noch bevor *Umverteilung* nötig wird, muss die Wirtschaftspolitik bereits eine gerechte *Verteilung* gewährleisten: Löhne dürfen nicht langsamer als die Produktivität wachsen (außer bei Arbeitszeitverkürzung) und Arbeit muss fair verteilt sein;
- die Privatisierung der Daseinsfürsorge und wichtiger Infrastruktur, wie z.B. Energieversorgung oder Eisenbahnen, muss gestoppt und, wo sie bereits erfolgt ist, rückgängig gemacht werden. Auch die Privatisierung der Altersversorgung muss rückgängig werden.

D. Abfederung der Krisenfolgen für die Realwirtschaft und das Verursacherprinzip - „Spekulant zu Kasse bitten“

Da die Finanzkrise die Realwirtschaft und die Gesellschaft bereits erfasst hat, werden dringend Konjunkturprogramme benötigt,

um die Auswirkungen der Krise auf die Realwirtschaft abzufedern.

Angesichts des Ausmaßes der Krise, sind Rettungspakete unumgänglich, um den totalen Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Allerdings müssen diese Rettungspakete strikt an Bedingungen geknüpft sein. Jede Form von *moral hazard*² muss ausgeschlossen werden. In den Fällen, wo die Rettungspakete auch ohne Verstaatlichung funktionieren, müssen die Kosten von den Aktionären zurückgezahlt werden – inklusive Zinsen. Unternehmen, die dazu nicht in der Lage sind, gehen teilweise oder ganz in öffentliche Hände über.

Die Kosten der Liquiditätsspritzen und Rettungspakete sind in erster Linie von jenen zu tragen, die für die Krise verantwortlich sind und sich seit Jahren bereichern konnten. Dafür sollte in jedem Land ein spezieller Krisenfond geschaffen werden. Dieser Topf sollte durch eine einmalige Sonderabgabe auf alle Kapitaleinkünfte über 50.000 Euro und einer zusätzlichen einprozentigen Steuer auf alle Profite in der Finanzindustrie gespeist werden.

Ein Teil dieses Fonds sollte international eingesetzt werden, um armen Länder, die unter dem Crash leiden und von hohen Nahrungsmittel- und Rohstoffpreisen betroffen sind, zu helfen.

Zusätzlich müssen öffentliche Investitionen in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur und Umwelt fließen, da diese Sektoren unter chronischer Unterfinanzierung leiden. Damit würde zugleich Beschäftigung geschaffen und die ökologische Wende unterstützt.

E. EU reformieren. Demokratische Kontrolle über die Europäische Zentralbank

Besondere Aufmerksamkeit muss der EU gewidmet werden. Im Lissabonvertrag und anderen Verträgen ist alles was das Finanzsystem betrifft, vom neoliberalen Dogma bestimmt. Artikel 63 zur Funktionsweise der Europäischen Union (ex art. 56 ECT), der jegliche Beschränkung von Kapitalflüssen innerhalb von EU, sowie gegenüber Drittländern verbietet und damit die Dominanz der Finanzen auf die Gesellschaft fest schreibt, muss geändert werden. Es gibt gute Gründe, die Kapitalmobilität teilweise einzuschränken: damit wird Finanzstabilität gewährleistet, Steuerhinterziehung und Steuerwettbewerb verhindert und eine beschäftigungsfreundliche Finanzpolitik ohne das Risiko von Kapitalflucht ermöglicht. Wir fordern auch die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit (Art. 49), die es dem Kapital ermöglicht, dorthin zu gehen, wo es die günstigsten Bedingungen findet, und es Finanzinstitutionen z.B. erlaubt, sich in die

Londoner City oder andere Steuerparadiese zu flüchten.

Finanzregulierung und -aufsicht in der EU und in den Mitgliedsstaaten, müssen grundsätzlich verändert werden. Statt am Vorrang für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit der Finanzindustrie müssen sie sich an den höchsten Standards orientieren. Die Anpassung nach unten – *race to the bottom* – muss aufhören.

Die nationalen Parlamente müssen regelmäßig prüfen, ob die Regulierung der Finanzmärkte und der Finanzindustrie angemessen ist. Das Europäische Parlament muss das Recht bekommen, Regulierungen einzuführen. Die EU sollte alle notwendigen Bereiche der Finanzindustrie regulieren, d.h. Kreditwesen, Risiko-Management, Investment, Ausgabe von Aktien und Anleihen etc. Damit soll gewährleistet werden, dass finanzielle Mittel und Dienstleistungen vorrangig für nachhaltiges Wirtschaften und soziale Entwicklung eingesetzt werden.

Darüber hinaus ist es notwendig die Geldpolitik der EZB zu ändern. Die Bank ist das Zentrum des europäischen Neoliberalismus³. Sie arbeitet ausschließlich auf Grundlage der monetaristischen Ideologie, wonach Preisstabilität absoluter Vorrang gebühren müsse. Dies geht zu Lasten der Arbeitnehmer, sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stabilität. Ganz im Geiste neoliberaler Ideologie behauptet sie ihre sogenannte Unabhängigkeit. Tatsächlich entzieht sie sich damit jeglicher demokratischer Kontrolle.

Wir fordern die demokratische Kontrolle dieser Institution, deren Politik einen gewaltigen Einfluss auf das Schicksal der Bevölkerung hat. Wir lehnen die Fixierung der EZB auf die Begrenzung der Konsumpreisstabilität auf max. 2% ab. Dies ist eine der tragenden Säulen der neoliberalen Politik. Stattdessen wollen wir, dass die EZB sich auf Beschäftigung und gerechte Verteilung konzentriert.

Sogar die *Bank für internationalen Zahlungsausgleich* empfiehlt in ihrem Jahresbericht 2008, dass die Zinspolitik der Zentralbanken nicht nur auf die Inflation achtet und die Zinsen niedrig halten soll, sondern auch das Augenmerk auf die Effekte von Zinsen auf „exzessives und riskantes Kreditwachstum“, die Bildung von Blasen und überzogene Ausgabenpolitik und Produktionsmuster zu richten.

Die Zinserhöhung der EZB als Reaktion auf die Erhöhung des Ölpreises folgte exakt dem neoliberalen Dogma. Obwohl es sich dabei nur um das Ansteigen eines relativen Preises handelte, was nicht mit Inflation zu verwechseln ist (Inflation ist Preisanstieg auf breitere Front), malte Frankfurt das Gespenst der Inflation an die Wand. Gegenwärtig ist Inflation jedoch kein Problem, sondern Rezession und Arbeitslosigkeit. Die Politik der EZB beschleunigt und vertieft daher die Krise, in die die EU hineingeraten ist.

Für eine Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik im Interesse der Gesellschaft ist es überdies zwingend notwendig, die Lobbyisten der Finanzindustrie und der großen Konzerne sowie deren „Beratungstätigkeit“ zu kontrollieren, einzuschränken und für vollständige Transparenz zu sorgen.

F. Reformen im Kernbereich des Systems

Im Lichte der Krise benötigen folgende Eckpfeiler des gegenwärtigen Systems besondere Aufmerksamkeit:

a. Eigenkapitalanforderungen und Risiko-Management im Bankensektor

Die Eigenkapitalanforderungen für Banken müssen erhöht werden. In dieser Hinsicht war das Eigenkapitalabkommen „Basel II“ ein Schritt in die falsche Richtung. Daher brauchen wir ein „Basel III“ mit dem die Konsequenzen aus dem Crash gezogen werden. Außerbilanzliche Geschäfte, die ebenfalls zum Zentrum der Krise gehören, müssen verboten werden.

Verbriefung darf nur solchen Akteuren erlaubt werden, die unter strikter staatlicher Aufsicht stehen. Riskante Verfahren, wie die sog. *Collateralized Debt Obligations*, deren Ziel, der massenhafte Handel mit Subprime Krediten war, müssen verboten werden.

Spekulative Finanzprodukte müssen verboten werden, besonders bei Nahrungsmitteln und da, wo sie eine destabilisierende Wirkung haben. Alle neuen Finanzprodukte müssen von der Finanzaufsicht auf ihre Wirkung auf Finanzstabilität und Gesellschaft geprüft werden, bevor sie genehmigt werden.

Investmentbanking muss soweit geschrumpft werden, dass es kein systemisches Risiko mehr darstellt. Was davon übrig bleibt, ist in vollem Umfang der Regulierung und der Aufsicht zu unterziehen, sowie von anderen Finanzdienstleistungen zu trennen. Die Aktivitäten des Investmentbankings sollen nachhaltiger Entwicklung dienen, z.B. indem sie Aktien von Unternehmen fördern, die umweltfreundliche Produkte herstellen.

Alle Finanzkonglomerate, die Privatkundengeschäft, Investmentbanking und Versicherungen betreiben, müssen umstrukturiert oder aufgesplittet und komplett der Aufsicht unterstellt werden.

Das Bonussystem für Manager sollte verboten werden, weil es Anreize zu riskantem Verhalten setzt, ohne die Manager für Verluste haftbar zu machen.

b. Stärkung des öffentlichen und genossenschaftlichen Bankensektor

Nach dem zweiten Weltkrieg hat der lokal ausgerichtete, genossenschaftliche und öffentliche Bankensektor in Europa eine positive Rolle gespielt. In den letzten beiden Jahrzehnten haben diese Banken jedoch zunehmend mit kommerziellen Banken fu-

² Belohnung von Risikofreudigkeit, weil die Erwartung besteht, vom Staat bei Bankrott doch herausgehauen zu werden.

sioniert oder haben deren Geschäftsmodelle übernommen. Sie gingen an die Börse und passten sich dem angelsächsischen Finanzsystem an.

Dieser Trend muss umgedreht werden; öffentliche und Genossenschaftsbanken müssen gestärkt und vom Wettbewerbsrecht der EU ausgenommen werden. Die Öffentlichkeit sollte zumindest über einige Schlüsselbanken verfügen, um damit für Stabilität, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Die verstaatlichten Banken, bzw. die Institute, von denen der Staat durch die Rettungspakete Anteile erworben hat, müssen so umstrukturiert werden, dass sie den Bedürfnissen der Gesellschaft dienen. Dazu gehört auch die Vergabe günstiger Kredite für umweltfreundliche Projekte und Unternehmen und der Zugang zu hochwertigen Basisdienstleistungen für alle.

c. Rating-Agenturen unter öffentliche Kontrolle

Die Rating-Agenturen haben in der aktuellen Krise ebenso versagt wie in fast allen Krisen der Jahrzehnte davor. Sie gehören unter öffentliche Kontrolle. Sie dürfen nicht mehr von Unternehmen bezahlt werden, die sie prüfen. Stattdessen müssen sie aus einem Fonds finanziert werden, der aus Beiträgen der Ratingkunden und der Anbieter von Finanzprodukten gespeist wird. Sie sollten nicht nur finanzielle Aspekte prüfen, sondern auch soziale und Umweltrisiken.

Auch die Buchprüfer haben die Schwächen des Risikomanagements der Finanzinstitute unter den Teppich gekehrt. Sie haben zugelassen, dass Geschäfte im Subprime Hypothekenmarkt – Derivate und andere Vermögenswerte - außerbilanzlich gemacht werden. Die Regeln für die Prüfungen müssen wieder international festgelegt werden.

d. Investitionsfonds regulieren, insbesondere Hedge Funds und Private Equity Funds

Wer braucht Hedge Funds und welchen Nutzen bringen sie der Volkswirtschaft? Als 2007 beim G8 Treffen 2007 die Bundesregierung mehr Transparenz für Hedge Funds forderte, hieß es, Hedge Funds würden eine nützliche Funktion erfüllen, weil sie Risiken übernehmen, die andere nicht zu übernehmen bereit sind. In der Tat sind diese Risiken nichts anderes als Spekulationsrisiken, die ausschließlich eingegangen werden, um Maximalprofite zu erzielen. Aus diesem Geschäftsmodell ergibt sich keinerlei volkswirtschaftlicher Nutzen. Im Gegenteil, es destabilisiert das System. Denn durch den Hebelverstärkten Einsatz von Fremdkapital wird das Risiko an die Kreditgebenden Banken übertragen. Auch hochspekulative Praktiken, wie Leerverkäufe³ sind destabili-

sierend. Beides sollte daher verboten werden.

Hedge Funds zu Instrumenten des Risikomanagements zu erklären, heißt soviel wie einen Pyromanen zum Feuerwehrmann zu ernennen. Hedge Funds müssen daher verboten werden. Banken muss untersagt werden, Geschäfte mit Hedge Funds zu machen, die ihren Sitz in Steueroasen haben.

Niemand braucht Hedge Funds, außer reiche Individuen und institutionelle Investoren, die hinter Maximalprofiten herjagen.

Auch Private Equity Funds haben sich als Stabilitätsrisiko erwiesen. Sie dienen zudem als Transmissionsriemen des Shareholder-Kapitalismus in die Realwirtschaft. Auch dieses intransparent Geschäftsmodell muss gestoppt werden. Alternativ dazu müssen Anreize für Banken geschaffen werden, sich wieder stärker in Unternehmensfinanzierung und Risikokapital zu engagieren, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die öffentlichen Banken müssen eine führende Rolle bei der Unternehmensfinanzierung übernehmen.

Generell sollte die EU alle Typen von Fonds mit einer entsprechenden Direktive der Regulierung unterwerfen. Alle Fonds müssen ihre Investmentstrategien und Managementgebühren offenlegen. Bestimmte Strategien müssen untersagt werden (z.B. Leerverkäufe), Kreditaufnahme mit Hebeleffekt muss eingeschränkt werden. Es muss eine Höchstgrenze für die Kapitalmasse festgelegt werden, die ein Fonds verwalten darf.

Fondsprofite müssen höher besteuert werden als Arbeitseinkommen. Fonds, die ihren juristischen Sitz außerhalb der EU haben (z.B. nur in Offshore-Zentren), bzw. nicht mit EU-Standards übereinstimmen, soll der Marktzugang untersagt werden.

e. Derivatehandel drastisch einschränken

Finanzderivate dürfen nur an der Börse gehandelt werden. Sie müssen standardisiert und von der Aufsicht genehmigt sein. Derivate zu rein spekulativem Zweck müssen verboten werden. Der außerbörsliche Handel mit Derivaten (*over the counter - OTC*) muss unterbunden werden.

f. Offshore – Zentren

Wer braucht Offshorezentren (OFCs) und Steuerparadiese? Nur die Reichen und institutionelle Investoren, die ihre Gewinne vorm Finanzamt verheimlichen wollen – die Mafia, Terroristen, Waffenhändler und andere Kriminelle, die Geldwäsche betreiben. Es gibt kein rationales Argument, mit dem die ökonomische Existenz solcher Territorien gerechtfertigt werden könnte. Deshalb muss diese Art von Wirtschaft dicht gemacht werden.

Solange dies nicht möglich ist, weil einige große Länder ihren Status als OFCs auf-

rechterhalten, oder OFCs unterstützen, kann ein ganze Reihe von unilateralen Maßnahmen ergriffen werden - angefangen von der Aufhebung des Bankgeheimnisses für Institute, die Niederlassungen in OFCs unterhalten, über die Verpflichtung, Filialen in Steueroasen zu schließen, bis zu Strafsteuern auf Transaktionen mit OFCs.

Die Zinsbesteuerungsrichtlinie der EU muss auf alle Kapitaleinkünfte (gegenwärtig gilt sie nur für Zinseinnahmen) und auf alle juristische Personen (gegenwärtig nur natürliche Personen) ausgedehnt werden. Der automatische Informationsaustausch muss auch für Österreich, Belgien und Luxemburg eingeführt werden. Das Schließen dieser Schlupflöcher ist eine wichtige Voraussetzung, um stärkeren Druck auf Steuerparadiese, wie die Schweiz oder Liechtenstein ausüben zu können, ihr Bankgeheimnis aufzuheben und bei internationalem Informationsaustausch zu kooperieren.

g. Maßnahmen gegen die kurzfristige Shareholder-Value-Orientierung

Keynes schlug vor, Anleger mit ihren Kapitalanlagen „zu verheiraten“, um damit langfristige Investitionen zu fördern und die schädliche, kurzfristige Spekulation zu unterbinden. Der Einfluss von auf Kurzfristigkeit orientierten Anlegern könnte eingeschränkt werden, indem Stimmrechte an einen Mindestlaufzeit für Investitionen gekoppelt wird (z.B. 5-10 Jahre). Optionscheine für das Management müssen untersagt werden, weil Manager dann „Kurspflege“ zum vorrangigen Unternehmensziel machen.

Für Vorstandsgehälter müssen Obergrenzen eingeführt werden. Die Höhe der Gehälter sollte an Indizes geknüpft werden, die die allgemeine Wohlfahrt widerspiegeln. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften, Verbraucher und andere Betroffene effektive Mitbestimmungsrechte in den Unternehmen erhalten.

h. Die Überschuldung von Haushalten regeln

Die Überschuldung von Privathaushalten muss begrenzt werden, indem eine Obergrenze für die Schuldendienstquote (Verhältnis von Schuldendienst zu Einkommen) festgelegt wird. Für Bevölkerungsschichten mit geringer Kaufkraft muss sozialer Wohnungsbau Teil der staatlichen Sozialpolitik werden. Das Dach über dem Kopf darf keineswegs zum Spielball der übelsten Elemente des Privatsektors werden. Wir unterstützen vehement den Vorschlag, überschuldeten Hausbesitzern zu ermöglichen, ihre überschuldete Immobilie auf Lebenszeit zu pachten. Allerdings sollte der Erwerb individuellen Hausbesitzes nicht das Hauptziel von Sozialpolitik werden. Wir fordern einen öffentlichen Wohnungsbau mit großer sozialer Vielfalt und hohen Umweltstandards.

³ Termingeschäft mit Vermögenswerten, z.B. Aktien, die zum Zeitpunkt des Abschlusses des Geschäfts sich noch nicht im Besitz des

Verkäufers befinden. Mit diesem Verfahren kann man auf fallende Kurse spekulieren und hohe Gewinne machen.

Kurt Tucholsky: Die freie Wirtschaft

Ihr sollt die verfluchten Tarife abbauen.
Ihr sollt auf euern Direktor vertrauen.
Ihr sollt die Schlichtungsausschüsse verlassen.
Ihr sollt alles Weitere dem Chef überlassen.
Kein Betriebsrat quatsche uns mehr herein,
wir wollen freie Wirtschaftler sein!
Fort die Gruppen – sei unser Panier!

Na, ihr nicht.
Aber wir.

Ihr braucht keine Heime für eure Lungen,
keine Renten und keine Versicherungen.
Ihr solltet euch allesamt was schämen,
von dem armen Staat noch Geld zu nehmen!
Ihr sollt nicht mehr zusammenstehn –
wollt ihr wohl auseinandergehn!
Keine Kartelle in unserm Revier!

Ihr nicht.
Aber wir.

Wir bilden bis in die weiteste Ferne
Trusts, Kartelle, Verbände, Konzerne.
Wir stehen neben den Hochofenflammen
in Interessengemeinschaften fest zusammen.
Wir diktieren die Preise und die Verträge –
kein Schutzgesetz sei uns im Wege.
Gut organisiert sitzen wir hier ...

Ihr nicht.
Aber wir.

Was ihr macht, ist Marxismus.
Nieder damit!
Wir erobern die Macht, Schritt für Schritt.
Niemand stört uns. In guter Ruh
seh'n Regierungssozialisten zu.
Wir wollen euch einzeln. An die Gewehre!
Das ist die neuste Wirtschaftslehre.
Die Forderung ist noch nicht verkündet,
die ein deutscher Professor uns nicht begründet.
In Betrieben wirken für unsere Idee
die Offiziere der alten Armee,
die Stahlhelmlaute, Hitlergarden ...

Ihr, in Kellern und in Mansarden,
merkt ihr nicht, was mit euch gespielt wird?
Mit wessen Schweiß der Gewinn erzielt wird?
Komme, was da kommen mag.
Es kommt der Tag,
da ruft der Arbeitspionier:

»Ihr nicht.
Aber Wir. Wir. Wir.«

*Theobald Tiger (also Kurt Tucholsky),
Die Weltbühne, 04.03.1930, Nr. 10, S. 351.*

Einige Internetadressen:

Attac Deutschland: <http://www.casino-schliessen.de/aktionen/weltfinanzgipfel/>

Attac Österreich: <http://www.attac.at/6838.html>

Attac Schweiz: <http://www.schweiz.attac.org/Pressekommunique-von-Attac-Schweiz>

Attac Frankreich: www.france.attac.org

www.casinocrash.org

www.choike.org

<http://www.europe-solidaire.org>

<http://www.forumdesalternatives.org/EN/inicio.php>

www.cadtm.org

Die Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/pdf-Version unter <http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/> html-Version unter <http://sandimgetriebe.attac.at>,
mail an die Redaktion: sig@attac.de